

UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 39

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS
und Professor Dr. Michael R. WILL

LUIGI VITTORIO FERRARIS

DAS MODELL EUROPA AUS ITALIENISCHER SICHT

1985

EUROPA-INSTITUT

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 39

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS
und Professor Dr. Michael R. WILL

Professor Dr. Luigi Vittorio FERRARIS

Botschafter der Republik Italien in der Bundesrepublik Deutschland

DAS MODELL EUROPA AUS ITALIENISCHER SICHT

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes

Saarbrücken, 22. Januar 1985

DAS MODELL EUROPA AUS ITALIENISCHER SICHT

1. Es ist mir eine große Ehre, am Europa-Institut der Universität des Saarlandes über ein Thema - nämlich Europa - zu sprechen, das uns allen am Herzen liegt, zumal vor wenigen Tagen Italien den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft übernommen hat. Das Land, welches den Vorsitz innehat, verfügt natürlich nur über begrenzte Möglichkeiten bei der Ausübung seiner Funktion: Es muß sich unvermeidlich in eine kontinuierliche Linie mit seinem Vorgänger setzen; zudem besteht seine Aufgabe vor allem immer noch darin, Kompromisse zu finden zwischen Positionen, die nicht notwendigerweise übereinstimmen. Doch bietet der Vorsitz dem Land auch die Gelegenheit, über seine eigene Politik nachzusinnen, um so der täglichen Arbeit in der Gemeinschaft zumindest den Stempel seiner eigenen Sicht Europas aufzudrücken.

Eine solche Sicht oder Vision ist heute, angesichts eines verbreiteten "Europessimismus" im Blick auf die Zukunft unseres Kontinents, um so dringender geboten. Er erfordert von uns in der Tat das, was der neue Präsident der Kommission, Delors, zu Beginn seines Mandats den "Mut zu Europa" genannt hat. Tatsächlich sprechen einige unter uns heute bereits mit Spengler von einem endgültigen Untergang Europas, von einer versäumten Gelegenheit, von einer Krise, bei welcher die Debatten in Brüssel über zweitrangige Probleme nichts weiter als das äußere Zeichen dafür sind, daß die Lebendigkeit der tieferen Wurzeln bereits verlorengegangen ist.

Gewiß sollte man bei einer Beurteilung der Situation die historische Perspektive nicht vergessen. Auch die fünfziger Jahre, auf die man heute wehmütig zurückblickt, haben Fehlschläge gesehen (man denke an die EVG), während es hingegen im letzten, so viel kritisierten Jahrzehnt immerhin das Europäische Währungssystem, die Europäische Politische Zusam-

menarbeit, die Direktwahl zum Europäischen Parlament, die Sozial- und Regionalpolitik gegeben hat. Wer hätte zu hoffen gewagt - angesichts der Trümmer des Zweiten Weltkrieges -, daß es schon 1979 möglich sein würde, ein Europäisches Parlament in direkter Wahl zu wählen? Trotzdem ist es wahr, daß heute die nationale Dimension Gefahr läuft, wieder zum Maß der europäischen Rationalität zu werden, nachdem Europa für Jahrzehnte der Bezugspunkt gemeinsamer Empfindungen gewesen ist - jener Empfindungen, welche die Dynamik der Schaffung eines gemeinsamen Europas getragen haben. Eine Entfremdung von Europa, eine Vergeudung dessen, was die genialste kollektive Intuition nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist, würde für unsere Länder eine extrem gefährliche Wende bedeuten; gegen diese Gefahr müssen wir uns um so mehr stemmen, als sie das Risiko in sich birgt, auch die jüngeren Generationen mitzureißen. Wenn also eine Entfremdung Europas eines der kennzeichnenden Elemente unserer Zeit zu sein scheint, müssen wir alle dagegen ankämpfen oder uns zumindest weigern, diesem Pessimismus oder der Schwarzmalerei zum Opfer zu fallen.

2. Ist nun Italien eine Ausnahme in diesem so pessimistischen und besorgniserregenden Bild? Ich würde sagen, ja und nein.

In Italien können wir die höchste Wahlbeteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament verzeichnen, im vergangenen Juni lag sie bei 84 %; eine kürzliche Meinungsumfrage, die auch in der deutschen Presse wiedergegeben wurde, gibt an, daß 76 % der Italiener heute die europäische Einigung für das eigene Land als noch wichtiger betrachten als die Erlangung der nationalen Einheit im vergangenen Jahrhundert. Allerdings hat es auch bei uns zahlreiche kritische Stimmen gegeben, die zu Beginn des italienischen Vorsitzes erneut ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht haben wegen der mangelnden Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft, wegen des Fehlens an politischem Schwung, der die Energien der Zehn auf größere Ziele hin

lenken könnte als es jene sind, welche normalerweise die Aktivitäten des Rates vollständig in Anspruch nehmen. Kritik wurde geäußert auch wegen der Aussicht, daß man in Europa schrittweise den Anschluß an die Entwicklung der "Ersten Welt", also USA und Japan, verlieren würde.

Natürlich mangelt es nicht an Sonntagsreden über Europa, doch sind seine Bürger immer weniger bereit, eine Rhetorik zu akzeptieren, der nicht die entsprechenden Handlungen folgen. Werden unsere Länder in der Lage sein, den bescheidenen Weg der mühsamen Veränderung einer materiellen Zivilisation zu gehen; werden sie es also vermeiden können, zwischen großartigen und hehren Plänen einerseits und den Zankereien über Agrarprodukte andererseits - (futuristische Abstraktion und archaische Wirtschaft zugleich) - zu schwanken, um eine wirtschaftliche Integration zu erreichen, die auf der "dritten Ebene" von Braudel zu errichten ist; dort also, wo die Mechanismen des Kapitals durch Wechsel und Währung reguliert werden? Oder laufen wir stattdessen Gefahr, daß die Politiker unserer Länder - wie ein italienischer Kommentator schrieb - noch in fernen Zeiten "vor dem Hintergrund von Königshöfen und Schlössern sitzen und das alte Märchen von dem Gipfel des Wiederaufschwungs erzählen werden"?

3. Es erscheint mir jedoch nützlich, sich die Frage zu stellen, warum trotz der genannten Mängel die europäische Politik in Italien eine so breite Zustimmung findet, warum das Ziel der Vertiefung des Integrationsprozesses von der Bevölkerung geteilt wird.

Ich möchte diese Analyse auf drei Ebenen durchführen:

- A) Welches sind die kulturellen Wurzeln, die Ursprünge, an denen sich die italienische Europa-Politik inspiriert;
- B) welches Modell für Europa ergibt sich daraus;
- C) welche konkreten Ziele setzt sich die italienische Regierung in der unmittelbaren Zukunft und insbesondere im Halbjahr ihrer Präsidentschaft?

Mit anderen Worten will ich damit die dreifache Dimension des italienischen Handelns ansprechen: die geschichtlich-ideologische, die politische und die diplomatische Dimension. Diese Dimensionen sind alle von gleichermaßen großer Bedeutung: denn die tägliche Politik muß von Ideen getragen werden, die über das Unmittelbare hinausgehen, die sich jedoch ihrerseits immer in konkrete Initiativen umsetzen lassen, damit sie nicht leere Worte - eben Sonntagsreden - bleiben.

4. Man kann jedoch nicht verstehen, wieso die Europa-Politik den Bereich der breitesten Zustimmung innerhalb der politischen Parteien Italiens darstellt, wenn man nicht auch die Position jener drei großen politisch-kulturellen Kräfte des Landes Europa gegenüber kennt, die die italienische Szene seit dem 2. Weltkrieg, gestern wie heute, beherrschen, und die man oft als "Subkulturen" sieht: die Liberalen (die im italienischen politischen Sprachgebrauch als "Laizisten" auch die Sozialisten umfassen), die Katholiken und die Kommunisten.

Schon der italienische Liberalismus in der Entstehungsphase des nationalen Staates barg eine starke europäische Komponente (man denke nur an das "Giovine Europa" von Mazzini); in der Tat war es mehr Weltbürgertum denn Nationalstaat; man war auf der Suche nach einer Identität, weniger durch "negative Abgrenzung" gegenüber den anderen, sondern mehr durch die Hervorhebung der gemeinsamen Elemente. Man wollte Italien sogar eine "europäische" und nicht nur nationale "Mission" anvertrauen. Hierbei ging man von der verbreiteten Überzeugung aus, daß die Freiheit Europas die Voraussetzung für die nationale Einheit sei. Croce hatte geschrieben, daß das Nationalgefühl das "Herz der Italiener höher schlagen läßt". Interessant mag hier der Vergleich mit der Beurteilung sein, die das deutsche Nationalgefühl durch Heine erfuhr: ein vielleicht übertriebenes Urteil - wie so oft bei Heine -, demzufolge dieses Gefühl bei seinen Landsleuten dazu führen würde, daß "das Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht,

wie Leder in der Kälte".

Die Neigung hin zu Europa charakterisiert somit den roten Faden unserer Subkultur, nämlich jener laizistisch-liberalen Kräfte, die auf lange Zeit der Regierungsverantwortung zurückblicken können, von der Errichtung des vereinigten Staates bis in unsere Tage. Ich möchte in diesem Zusammenhang gern daran erinnern, daß in dem dunkelsten Jahr europäischer Geschichte, im Jahre 1941, eine Gruppe italienischer Intellektueller, die wegen ihrer republikanischen und liberalen Gesinnung von der faschistischen Regierung auf die Insel Ventotene verbannt worden war, bereits damals ein Manifest für die Errichtung einer europäischen Föderation verfaßt hat: "...ein starker Bundesstaat, der durch eine föderalistische Bewegung anzustreben ist, welche die Unterstützung breiter Schichten der öffentlichen Meinung genießt ...". Tatsächlich zieht sich dieser Gedanke durch die gesamte italienische Widerstandsbewegung der Jahre 1943 bis 1945, als Italien sich von der Knechtschaft des Faschismus und des Nationalsozialismus befreite, um die Demokratie mit dem Blick auf eine europäische Union und europäische Zusammenarbeit über die Grenzen des Landes hinweg wiederzugewinnen.

Die Bekehrung der katholischen Kultur zu Europa hingegen ist in Italien wie anderenorts vielleicht ein jüngerer Element. Zur vollen Reife gelangte es natürlich unter dem Gewicht der Katastrophe von 1945. Vor allem in Italien und in Deutschland waren damals die katholischen Kräfte die ersten, die den Wert einer neuen internationalen Solidarität erfaßten. Es vollzog sich somit ein, wie ich sagen würde, einzigartiger Rollentausch mit der linken, vornehmlich sozialistischen Tradition. In Italien geschah es insbesondere dank der hell-sichtigen Intuition von De Gasperi, dem Führer jener Bewegung. Er hatte in der Tat sofort die neuen Gleichgewichte, die aus dem Weltkrieg hervorgegangen waren, erfaßt und somit erkannt, wie unverhältnismäßig jede nationalistische Bestrebung innerhalb eines Rahmens sein mußte, der nunmehr

von den Supermächten beherrscht wurde. Die katholischen Politiker hatten verstanden, daß die Wiedergewinnung einer europäischen Souveränität in ihrem wirklich authentischen Sinn paradoxerweise allein durch einen Verzicht auf die Souveränität geschehen konnte. Durch die Umkehrung des Laufes der Geschichte konnten gerade diese Elemente - Stahl und Kohle, über die Europa Jahrhunderte hinweg geteilt war (und wo wollte man das besser verstehen als im Saarland?) - das Instrument seiner Einheit werden: Denn, wie Camus sagt, "ceux-là font avancer l'histoire qui savent, au moment voulu, se revolter contre elle aussi".

Für die Kommunisten war das europäische Bekenntnis eine Entwicklung jüngeren Datums, die jedoch auch tief in der Vergangenheit verwurzelt war. Die Voraussetzungen waren durch die grundsätzliche Annahme des demokratischen Systems und der Beteiligung an seiner Legitimierung in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg gegeben. Togliatti, der kommunistische Führer, hatte seinerzeit nicht weniger als De Gasperi den Sinn der neuen Gleichgewichte erfaßt, gleichzeitig jedoch hatte er versucht, mit aller Vorsicht und seinerzeit unter zahlreichen Widersprüchen, die Voraussetzungen für eine Eigenständigkeit seiner Partei gegenüber Moskau zu schaffen. Obriens hat man vor einigen Monaten, anläßlich der Todestage von De Gasperi und Togliatti, daran erinnert, daß ihnen zwar die Treue zur jeweiligen Ideologie gemeinsam war, doch daß diese bei beiden von einem tiefen Sinn für die Realität, für den Wert der Eigenständigkeit ihrer politischen Bewegung begleitet wurde. Für Togliatti bedeutete dies eben die Unabhängigkeit von Moskau, während es für De Gasperi die Aufrechterhaltung der "laizistischen" Strukturen des italienischen Staates bedeutete, der damals im Entstehen begriffen war.

In den späteren Jahren, vor allen Dingen nach 1971, war die Annäherung der italienischen Kommunisten an Europa nichts anderes als die Kehrseite der Medaille einer schrittweisen Revision des internen Konzepts zugunsten einer Mischwirtschaft.

Auf internationaler Ebene war sie das Ergebnis einer nicht schmerzlosen Analyse der Resultate des "realen Sozialismus", insbesondere nach dem Drama in der Tschechoslowakei ist dies als nationales Modell zu werten. Als Endpunkt dieser Parabel kann man die einzigartige Tatsache betrachten, daß das fortschrittlichste Dokument zur Europäischen Einigung, welches vom Parlament in Straßburg angenommen worden ist, den Namen eines Abgeordneten trägt, der in den Listen der Kommunistischen Partei Italiens gewählt wurde.

Es zeigt sich somit, daß die Entscheidung für Europa in Italien ein außerordentlich solides Fundament hat, denn sie ist Ausdruck der allgemeinen Überzeugung, daß sie auch dem echten nationalen Interesse entspricht. Aus diesem Grund ist der Prozeß der europäischen Integration immer unter dem Zeichen eines "Primats der Politik" geführt worden. Ob es sich dabei nun, wie zu Beginn, um das Risiko handelte, ein nur halb-industrialisiertes Land der Konkurrenz mit Partnern auszusetzen, die über sehr viel solidere Produktionsstrukturen verfügten, oder, wie in jüngerer Zeit geschehen, ob es darum ging, die Unbekannte zu akzeptieren, die ein europäisches Währungssystem für ein Land mit hoher Inflationsrate bedeutete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die besiegten Länder - wie Italien und Deutschland - glauben, daß ein teilweiser Verzicht auf die Souveränität im Namen von supranationalen Strukturen, die bei beiden in der Verfassung verankert sind, die beste Möglichkeit darstellt, um die volle Würde zu erlangen. Genauso erkannte man in den folgenden Jahren der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, daß nur eine internationale, gemeinsame Aktion mit den anderen Partnern in der Gemeinschaft eine gerechte außenpolitische Dimension bieten konnte, ohne zwischen den Extremen der hoffnungslosen Frustration und der ohnmächtigen Anmaßung hin und her zu schwanken. Für ein Land wie Italien, das von breiten Koalitionen regiert wird, bedeutet die Europäische Politische

Zusammenarbeit auch zudem eine Art Zwangsdisziplin; sie ist ein Bezugspunkt, der die Kontinuität und Kohärenz der Außenpolitik verstärkt, da sie ständig dem Vergleich mit den fortgeschritteneren Ländern unterworfen ist.

Natürlich bedeutet die Entscheidung für Europa auch eine wirtschaftliche Entscheidung: Sie steht für die Weigerung, nach dem Zweiten Weltkrieg eine autarke und protektionistische Tradition fortzusetzen, ohne dabei aber in das Extrem des "statalismo" zu verfallen. Die Beteiligung an Europa entsprach somit nicht nur dem Geist der Solidarität oder dem automatischen Druck des Kalten Krieges. Sie zeigt auch die Überzeugung, daß die italienischen Probleme strukturell nur auf europäischer Ebene gelöst werden können. Tatsächlich zwang der europäische Rahmen Italien, aus einer engen und verschlossenen Haltung herauszutreten, um sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich mit den am weitesten fortgeschrittenen Formen des westlichen Kapitalismus zu messen.

Angesichts einer rein mediterranen, landwirtschaftlich und protektionistisch orientierten, nationalen Alternative entschloß man sich von den fünfziger Jahren an für einen risikoreicheren und schwierigeren Sprung, wie ihn die wirtschaftliche Integration mit Europa bedeutete. Diese Entscheidung war damals nicht unbedingt obligatorisch und zwangsläufig. Es fehlte nicht an neutralistischen Strömungen, die, in einer mediterranen Vision, oder in der Überzeugung eines katholischen Universalismus oder wiederum im Blick auf eine Priorität der sozialen Problematik, dafür plädierten, die italienische Politik, womöglich bis hin zum Neutralismus, von internationalen Verpflichtungen frei zu halten. Doch bereits zu jener Zeit, als Italien dem Atlantischen Bündnis beitrug, wurde jede Form des Neutralismus oder des "Dritten Weges" abgelehnt. Man entzog sich der suggestiven Vision einer möglichen Brückenfunktion zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, die das Land aus der festen Verankerung in

der westlichen Gemeinschaft herauslösen würde. Wie seinerzeit einer unserer wachsamsten Politiker, nämlich Sforza, sagte, "mußte Italien Teil Europas sein, um nicht im Mittelmeer unterzugehen".

5. Doch welches "Modell Europa" entsteht unter dem Druck jener politischen Kräfte Italiens, die - wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung - über das Endziel der Schaffung einer Europäischen Politischen Union einig sind?

A). Das Bekenntnis einer dieser Kräfte, wie der Katholiken und der Kommunisten, zu einer sozusagen universellen Kultur ist vielleicht der Grund dafür, daß die italienische Politik immer sehr wachsam auch gegenüber jenen Phänomenen war, die sich jenseits des institutionellen Europas (also das der Verträge) vollziehen. Oft hat es die Aufmerksamkeit seiner Partner auf das gelenkt, was, ob im Osten oder Westen, jenseits des privilegierten Kreises der fortschrittlichsten Länder der westlichen Welt geschah. Die Philosophie, die diesem Bild zugrunde liegt, ruhte bereits in der Nachkriegszeit in der Überzeugung, daß alle die Länder, die an dem nationalistischen Wahn der Dreißiger Jahre beteiligt waren, sich in einem europäischen Rahmen wieder neu fangen sollten. Man kann hier an die Erklärung des Außenministers Sforza anlässlich der Annahme des Marshall-Planes im Jahre 1947 erinnern, als er sagte: "Die Verpflichtungen, die wir bei der Konferenz von Paris eingehen würden, könnten die mit der Sowjetunion oder mit anderen Staaten, darunter in erster Linie das benachbarte Jugoslawien, abgeschlossenen oder erhofften Verträge nicht antasten". In dieselbe Logik fügt sich die konsequente Politik Italiens ein, mit der es seit 1949 dem Artikel 2 des Nordatlantikpaktes Raum geben wollte. Gemeint ist hier die politische Gemeinsamkeit der Mitgliedsländer der Allianz, eine Gemeinsamkeit, die über das reine und einfache Problem der Verteidigung und der Sicherheit hinausgehen sollte. Festzuhalten ist auch die Betonung der

Tatsache, daß die Grenzen Europas nicht auf jene des westlichen Europas beschränkt bleiben sollten, sondern daß die Möglichkeit der Überwindung einer Spaltung zwischen Ländern offenbleibt, die einer gemeinsamen Kultur und Zivilisation angehören. Schon damals war diese Konzeption eine Art Vorläufer jenes Gaullistischen Gedankens von Europa vom Atlantik bis zum Ural. Und sie liegt, nebenbei bemerkt, auch der Ostpolitik zugrunde, die Italien noch vor der Bundesrepublik einleitete: entscheidend war hierfür die auch heute noch tief verwurzelte Überzeugung (ich verweise hier auf den kürzlichen Besuch von Außenminister Andreotti in Polen), daß die Länder Osteuropas die Opfer des Bruches zwischen Osten und Westen sind - vielleicht nur ein vorübergehender Aspekt in der historischen Entwicklung des Kontinents.

B) Gerade weil Italien der Wirkung Europas nach außen hin einen entscheidenden Wert beimißt, hat es sich immer um eine Konzertierung der Außenpolitik und deshalb um eine Intensivierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit bemüht. Der EPZ ist es unter anderem zu verdanken, daß es heute fast zu einem automatischen Reflex der Regierungen geworden ist, vor der Festlegung der eigenen Position die Haltung der Partner in der Gemeinschaft zu erkunden. Die Europäische Politische Zusammenarbeit ist eher eine Methode denn die Suche nach Inhalten. Doch in wichtigen Bereichen haben wir es erlebt, daß sich Positionen der Mitgliedstaaten, die ursprünglich nicht in Einklang standen, einander angenähert haben: Die Außenpolitik der Mitgliedstaaten wurde somit immer transparenter und berechenbarer. Auf diesem Feld wurde, nicht weniger als auf dem wirtschaftlichen, ein echter "Acquis" der Gemeinschaft erreicht. Ich denke, in Bezug auf den Nahen Osten beispielsweise, an die Erklärung von Venedig oder an die Entscheidung der Zehn zuletzt in Dublin: "Die Kontakte mit allen an dem Konflikt Beteiligten zu verstärken, um die Mittel zu erkunden, welche die Aufnahme von Verhandlungen fördern und zur Verbesserung der Situation in der Region beitragen können". Oder denken wir im Ost-West-Verhältnis an den Impuls, der den

Beziehungen beider Blöcke durch die Fortführung des politischen Dialogs und seine Aufrechterhaltung auch mit den anderen Ländern des Warschauer Paktes gegeben werden konnte. Diese Länder können, innerhalb gewisser Grenzen natürlich, eine ebensolche Rolle spielen. In das Gesamtbild dieser Politik fügt sich auch die ständige Konsultation mit den Vereinigten Staaten ein, die zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den beiden Supermächten beigetragen hat.

In der politischen Zusammenarbeit macht die durch das Prinzip der Einstimmigkeit gezogene Grenze nur einen der Aspekte der Realität deutlich. Einstimmigkeit bedeutet nicht automatisch Starrheit und Unbeweglichkeit der nationalen Positionen, im Gegenteil fördert sie durch die Vermittlung unterschiedlicher Interessen einen dynamischen Integrationsprozeß. Doch gerade deshalb sind Besserungen in diesem Mechanismus immer noch möglich: so zum Beispiel ein rascher Ablauf der Verfahrenswesen, die Schaffung einer permanenten Struktur, die Koordination mit den Arbeiten der Gemeinschaft. Diese Ziele strebte auch die Genscher-Colombo-Akte an, die, leider mit vielen Einschränkungen, in der Erklärung von Stuttgart verabschiedet wurde. Eben diese Fragen werden im Ausschuß der Institutionen, der vom Europäischen Rat in Fontainebleau geschaffen wurde, erörtert.

C) Im Modell Europa, wie es von den politischen Kräften unseres Landes einhellig angestrebt wird, fällt der demokratischen Legitimation des Gemeinschaftlichen Europa eine vorrangige Bedeutung zu. Daraus erklärt sich das besondere Gewicht, das in Italien alle unterschiedslos auf die Rolle des Europäischen Parlaments legen. Von größter Wichtigkeit sind nach unserer Auffassung eine stärkere Beteiligung des Parlaments an den Entscheidungsprozessen, seine prompte Unterrichtung, eine Vermehrung seiner Kontrollbefugnisse, der Umschluß mit den nationalen Parlamenten. Die Legitimation der Gemeinschaft wurde in der Vergangenheit indirekt aus den nationalen Parlamenten, aus der vermuteten Zustimmung zum Prozeß der Einheit, aus den konkreten Ergebnissen, die hierbei erzielt wurden,

gezogen. Heute hingegen muß sie eine solidere Verankerung in der Vertretung ihrer institutionellen Organe haben. Nur eine offensichtliche demokratische Legitimation kann zudem der Öffentlichkeit die Opfer annehmbar machen, die ihr immer wieder im Namen einer Rationalisierung des Produktionssystems oder der Solidarität gegenüber ärmeren Gebieten auferlegt werden.

Allgemeiner betrachtet müssen die Aufrechnung der Entscheidungen der Gemeinschaft effizienter und deutlicher und die Struktur der Entscheidungsprozesse denen der anstehenden Fragen angeglichen werden. Es handelt sich hier um ein Problem der, wie man im politischen Jargon in Italien sagen würde, "Regierbarkeit" einer supranationalen Gesellschaft. Es ist auch die Voraussetzung der Handelsfähigkeit nach außen. Nur so kann die Gemeinschaft ein gleichwertiger Gesprächspartner für die neuen internationalen Machtzentren sein, insbesondere natürlich für die beiden Supermächte, aber auch für die aufsteigenden wirtschaftlichen Mächte wie Japan, für die militärischen Bündnisse wie den Warschauer Pakt, für Wirtschaftsgemeinschaften wie die OPEC.

D) Die Römischen Verträge wiesen einen Weg von der Wirtschaftsgemeinschaft hin zum Ziel einer politischen Gemeinschaft und zeigten den Gedanken, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen auf gemeinsame politische Entscheidungen hinarbeiten würden, was sich auch in neuen institutionellen Strukturen niederschlagen würde. Dies ist natürlich nicht so verlaufen, wie man es gewünscht hatte. So war Italien immer der Auffassung, der Rahmen der Römischen Verträge gestatte, daß man von einer gemeinsam abgestimmten Außenpolitik zu anderen Bereichen gemeinsamen Handelns gelangen könne und müsse: zur Sicherheitspolitik in Europa, ohne dabei natürlich den Rahmen des Atlantischen Bündnisses zu verlassen, und dann zu einer neuen kulturellen, wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Zusammenarbeit. Die Sicherheit möchte ich mit folgenden Worten von Minister Andreotti ansprechen: "Die Verhand-

lungen im Vorfeld der Stuttgarter Erklärung der Gemeinschaft haben auf eine Weise, die ich, wenn es nicht um so ernste Fragen ginge, fast amüsanter nennen würde, die Oberempfindlichkeit einiger Europäischer Regierungen gegenüber gewissen Worten deutlich gemacht. Alle sind sich darin einig, daß in dieser so schwierigen Lage die militärische Verpflichtung noch unverzichtbar ist. Das Wort "militärisch" wird jedoch nicht akzeptiert, man spricht also von Verteidigung. Aber dann erscheint auch diese Formulierung zu gewagt, und man spricht nicht mehr von Verteidigung, sondern von Sicherheit. Ich glaube, daß es an der Zeit wäre, darüber nachzusinnen, ob das politische Problem der gemeinsamen Verteidigung, vor dem unsere Regierungen stehen, von uns nicht erfordert, mutig und natürlich maßvoll einen Weg innerhalb der Gemeinschaft zu gehen. Vielleicht wird man dann ganz klar sehen müssen, wer von denen, die den Willen und die Möglichkeit dazu haben, bei dieser Entwicklung mitmacht und wer nicht." Mit anderen Worten: Alle Bereiche des Lebens müssen erfaßt werden in einer entschlossenen und zielsicheren Politik, die auf die politische Einheit hinführt. Europa muß politisch sein, oder es wird nie sein.

E) Damit das Gefälle nicht zementiert wird, hat Italien die Gemeinschaft auch immer als ein Instrument zur Überwindung der regionalen und sozialen Ungleichgewichte betrachtet. Diese breitere Sicht beschränkt sich nicht auf die Mitgliedsländer, sondern umfaßt auch die Länder der Dritten Welt. Das hat von Anbeginn dazu beigetragen, der Politik der Gemeinschaft gegenüber einem wohlhabenderen Nordeuropa auch eine mediterrane Dimension zu verleihen. Diese Dimension wird durch die weiteren Beitritte noch zusätzliches Gewicht erhalten. Ich erinnere hier beispielsweise an die integrierten Mittelmeerprogramme, die jetzt in der Diskussion sind. Bei dieser Politik läßt Italien sich weniger vom Gedanken an einen eigenen Vorteil leiten, als vielmehr von einer tiefen Überzeugung: Solange nicht eine größere Konvergenz der jeweiligen Wirtschaft der Gemeinschaftsländer erreicht ist, wird

die Gemeinschaft bei ihrem Bemühen um einen qualitativen Sprung nach vorn, hin zu einer größeren politischen Einheit zwangsläufig auf die entsprechenden Schwierigkeiten stoßen.

Die Abschaffung der Hindernisse für die Mobilität der Arbeitnehmer und allgemein des Kapitals hat dazu beigetragen, den Wohlstand der fortgeschritteneren Länder zu festigen. Die Gemeinschaft hat solche Tendenzen nicht kompensieren können oder wollen, die zwar vom Standpunkt der freien Marktwirtschaft logisch sind, sich aber nachteilig auf den Zusammenhalt und das Gleichgewicht unter ihren einzelnen Mitgliedern auswirken. Aus diesem Grund müssen die Auswirkungen der Gemeinschaft in einem Land wie der Bundesrepublik gewiß nicht unter dem Blickwinkel der finanziellen Bewegungen gesehen werden, sondern über die Haushaltsdaten hinaus im Zusammenhang mit der wachsenden internationalen Verflechtung seiner Wirtschaft. Der in der Bundesrepublik so häufige Hinweis auf die Lasten für den eigenen Haushalt ist deshalb weder korrekt noch überzeugend. Die Vorteile beispielsweise, die sich aus der Ausfuhr der Milch ergeben, gleichen die Belastungen des Haushaltes der Bundesrepublik mehr als hinreichend aus.

Nur allzu bekannt sind die Unzulänglichkeiten der gemeinsamen Agrarpolitik: astronomische Kosten, welche die Gefahr mit sich bringen, die Gemeinschaft finanziell zu lähmen, eine permanente Konfliktsituation innerhalb der Gemeinschaft - wie mit England - und außerhalb mit Partnern, die, wie die Vereinigten Staaten, für die Sicherheit Europas wichtig sind, Konkurrenz zu den bedürftigen Ländern, die Lieferung von Produkten unterhalb des Preisniveaus an Ostblockländer, Schädigung der Umwelt, Anreize zu betrügerischen Aktionen, unverhältnismäßiger Zeitaufwand für die politischen Gipfeltreffen. Eine solche Politik, die bis vor kurzem fast ausschließlich die Produkte der Länder Nordeuropas begünstigte, hat Partnern wie Italien hohe wirtschaftliche und soziale Kosten auferlegt. Sie mußten auf preisgünstigere Einfuhren aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft verzichten. Natur

trifft es zu, daß diese Länder, und gewiß auch Italien, nicht in der Lage waren, ihre Landwirtschaft so umzustrukturieren, wie es zweckmäßig gewesen wäre. Allerdings darf man nicht vergessen, daß dies zu einem Zeitpunkt, da die wirtschaftliche Entwicklung das Gleichgewicht der landwirtschaftlichen Struktur des Landes vollkommen verändert hatte, außerordentlich schwierig war. Umso mehr galt dies für eine industrielle Revolution, die Italien mit einer Verspätung von einigen Jahrzehnten im Vergleich zu anderen Ländern der Gemeinschaft traf.

Die Erleichterungen, die man auf dem landwirtschaftlichen Sektor den Ländern der Dritten Welt handelspolitisch verschaffte, waren immer zum Nachteil der Produkte des Mittelmeerraumes, da sie denen der Dritten Welt mehr als die Produkte anderer Länder entsprachen. Dies war für ein Mitglied wie Italien eine zusätzliche Hürde, und hier natürlich vor allen Dingen für die italienischen Gebiete, in denen das Nord-Süd-Gefälle besonders augenscheinlich ist.

F) Natürlich sind die italienische Gesellschaft und die italienische Wirtschaft mittlerweile ein Teil Europas. Das Ungleichgewicht, das beim Pro-Kopf-Einkommen oder in der wirtschaftlichen Entwicklung vielleicht noch besteht, ist Bestandteil eines europäischen Komplexes und nicht mehr ein spezifisch italienisches Problem. Aber unsere politischen Kräfte haben daraus nicht immer die richtigen Konsequenzen gezogen. Trotz verbaler Äußerungen und Stellungnahmen haben sie in Wirklichkeit den Erfordernissen der Innenpolitik ein größeres Gewicht beigemessen als einer heilsichtigen Vorstellung dessen, was sie in Europa und für Europa machen könnten. Ohne hier allzu sehr ins Detail zu gehen, könnte man dazu nicht nur die schon erwähnte, unzulängliche Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen Italiens bei den Verhandlungen zu den Römischen Verträgen nennen, sondern auch eine gewisse Zurückhaltung seitens der wichtigsten Politiker, sich in der Gemeinschaft zu engagieren. Weiterhin: die versäumte Anpassung der italienischen Regelungen an die europäischen; bis-

der Europäer den anderen gegenüber. Solidarität mit den weniger begünstigten Gebieten, und zwar nicht nur innerhalb der Gemeinschaft, sondern mit den anliegenden Gegenden, die so wichtig sind für die Gleichgewichte und die internationale Stabilität. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie es im Dezember möglich war, eine Vereinbarung zwischen den Zehn über eine Erneuerung des Abkommens von Lomé zu erreichen. Möglich wurde dies nur durch einen einseitigen, außerordentlichen Beitrag Italiens aus eigenen Mitteln für die Entwicklungshilfe, der über seine eigentlichen Verpflichtungen aus den Gemeinschaftsregelungen hinausging.

G) Gefährlich wäre die Illusion, man könne die gemeinsamen Bemühungen einer großen Zahl von Mitgliedern durch eine bevorzugte Politik oder Achse zwischen zwei von ihnen ersetzen, seien sie auch so wichtig wie Frankreich und die Bundesrepublik, wobei ihnen der sicher aufrichtige Gedanke nicht abgesprochen wird, daß eine derart privilegierte Beziehung auf alle anderen einen mitreißenden Effekt ausüben könnte. Die Gefahr besteht, daß durch eine solche Osmose Vorentscheidungen für die anderen Partner getroffen werden. Unter ihnen ist Italien gegenüber der Bundesrepublik sicher in vorderster Linie, was die Obereinstimmung in den grundsätzlichen Zielsetzungen und Voraussetzungen anbelangt, die sich zum Teil von denen Frankreichs unterscheiden, aber deshalb nicht weniger entscheidend sind: Gemeinsame Notwendigkeit einer supranationalen - europäischen wie atlantischen - Struktur, um zu einer korrekten internationalen Dimension zu gelangen (das erklärt auch, warum diese beiden Länder immer in der vordersten Front bei der Europäischen Politischen Zusammenarbeit stehen). Beide Länder sind keine Nuklearmächte. Beide sind zur Demokratie zurückgekehrt nach einer totalitären Erfahrung, beide mit einer gemeinsamen kulturellen Verwurzelung, die in letzter Zeit durch die 2000-Jahr-Feiern einiger Städte römischen Ursprungs hier sehr deutlich geworden ist und deren außergewöhnliche Zeugnisse wir gerade hier im Saarland finden.

weilen stellt sich auch die Durchführung der in Brüssel eingegangenen Verpflichtungen im Lande selbst als problematisch dar.

Zwar sind die ideellen Ziele des italienischen "Europeismus" immer deutlich gewesen, doch hat man diese im Interesse des eigenen Landes nicht immer sehr geschickt verfolgt. Einerseits hat sich die italienische Gesellschaft, sowohl was ihre Psychologie, als auch was ihre Bräuche und wirtschaftlichen Gewohnheiten anbelangt, dem übrigen Europa mit einer Geschwindigkeit angepaßt, die sämtliche Erwartungen übertroffen hat, und für deren Lebendigkeit sich viele Beispiele aufzeigen lassen. Auf der anderen Seite sind die Strukturen von Politik und Verwaltung des Landes nicht immer in der Lage gewesen, den Anforderungen zu entsprechen. Dieses Phänomen plagte das Land bis zur Mitte der Siebziger Jahre. Dann änderte sich die Situation: Stichworte sind hier die Einrichtung des Regionalfonds, die Mittelmeerprogramme, die Unterstützung der mediterranen Produkte wie Öl und Wein trotz ihrer Unzulänglichkeiten, einige bedeutsame Richtlinien der Gemeinschaft in der Sozialpolitik. Hier zeigt sich eine neue Dimension, die einer doppelten Verpflichtung: zum einen die Bemühungen um eine Annäherung der Wirtschaften der fortgeschritteneren und der rückständigeren Zonen (vor allem im Mittelmeerraum), zum anderen das Bestreben nach einer Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft. Sie steht als Voraussetzung vor einem politischen Projekt, das sich nicht darauf beschränken will, nur einige Bereiche des gemeinsamen Marktes zu lenken. Es geht also um eine Regional- und Sozialpolitik, die auf die beiden Grundelemente in der besten kulturellen Tradition Europas abhebt: auf Toleranz und Solidarität, die beiden Pole eines sozialen Europas. Toleranz im engen Zusammenleben von Völkern unterschiedlicher Kultur und Sprache, von denen einigen das europäische Grundmuster fremd ist: Denken wir an die Tausenden von fremden Arbeitnehmern, die in der Bundesrepublik leben. Toleranz mittels Überwindung alter Vorurteile, zuerst der Europäer untereinander, dann

Beide Länder neigen dazu, in den Ost-West-Beziehungen vor allem die Komponente des Dialogs zu stärken. Auf einer solchen Grundlage fällt Italien eine umfassende Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die nicht geringer ist als jene mit anderen Partnern, natürlich leicht. Es bleibt jedoch immer die Überzeugung, daß eine Einigung Europas nur durch parallele und gemeinsame Bemühungen einer möglichst großen Anzahl von Ländern erreicht werden kann, die dazu bereit sind, die für eine politische Union notwendigen Schritte zu unternehmen. Außenminister Andreotti bekräftigte im Parlament: "Wir sind gegen jede Art von Direktorium, weil es das Leben der Europäischen Gemeinschaft verfälschen und sterilisieren würde. Wir stehen aber einer immer besseren deutsch-französischen Verständigung wohlwollend gegenüber. Daher sind wir bereit, jede Bekundung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern, die auf eine Förderung der europäischen Einigung hinweist, zu begrüßen. Aber - ich wiederhole das - wir sind nicht bereit, irgendjemandem die ausschließliche Rolle eines "Motors" zuzugestehen, zumal dieser nur mit einigen seiner Kolben funktionieren könnte."

6. Dies sind die Erfordernisse und Zielsetzungen, die die Regierung und die politischen Kräfte in Italien bei den Bemühungen um ein geeintes Europa aufstellen möchten. Natürlich fordert die soeben begonnene italienische Präsidentschaft die Erarbeitung vorrangiger Ziele, die über die unmittelbaren Themen wie der Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, die Haushaltsprobleme, die Festlegung der Agrarpreise, hinausgehen. In verschiedenen Regierungserklärungen, zuletzt durch Außenminister Andreotti am 16. Januar vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, sind diese Zielsetzungen zusammengefaßt worden: insbesondere die institutionellen Fragen, die Stärkung des Europäischen Währungssystems und die Verbesserung des Binnenmarktes.

A) Die Grundlagen für die Arbeiten im Blick auf die institutionellen Fragen sind durch die Gründung zweier Ausschüsse in Fontainebleau geschaffen worden: Die Arbeiten des Doge-Ausschusses waren in ihrem Engagement und ihrer Gründlichkeit so beeindruckend, daß die italienische Regierung sich konkret für eine detaillierte Debatte über die Möglichkeiten einer institutionellen Reform einsetzen will. Dabei sollen der "Acquis" der Gemeinschaft, die feierliche Erklärung von Stuttgart und das vom Straßburger Parlament angenommene Projekt zur Europäischen Union berücksichtigt werden. Innerhalb der Politischen Zusammenarbeit umfassen diese Dokumente Entscheidungsprozesse, die Rolle des Parlaments und Ähnliches, wobei viele dieser Zielsetzungen dem Modell Europas entsprechen, das die Mehrheit der italienischen Parteien anstrebt. Man hofft in Italien, daß die für Ende Juni in Mailand vorgesehene abschließende Ratstagung einen vollen Tag der Erörterung institutioneller Probleme widmen kann. Vor allen Dingen wünscht man, daß die notwendigen Entscheidungen zur Einberufung einer Regierungskonferenz, die den Vertrag über die Europäische Union aushandeln soll, getroffen werden können. Es ist daher möglich, daß am Ende der italienischen Präsidentschaft schwierige Beschlüsse anstehen und daß der Wille der Mitgliedsländer, im Einigungsprozeß voranzuschreiten, einer entscheidenden Prüfung unterworfen wird.

B) Ein weiteres Ziel, auf das die italienische Präsidentschaft ihre Politik konzentrieren will, ist die Stärkung des Europäischen Währungssystems. Auch der neue Kommissionspräsident Delors hat dieses Ziel als vorrangig bezeichnet. Seine Verwirklichung wird vielleicht, angesichts zahlreicher Einwände auch von deutscher Seite, eine lange Überzeugungsarbeit erfordern. Und doch war das EWS die wichtigste europäische Errungenschaft in den letzten zehn Jahren. Seine Festigung würde nicht nur zur Stabilisierung des Internationalen Währungssystems beitragen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft fördern. Wie der ehemalige Bundeskanzler Schmidt jüngst betont hat, finanzieren

Europäer und Japaner ca. 60 % des Defizites der Vereinigten Staaten. Gerade auf Grund der währungspolitischen Schwäche Europas und Japans können die USA jährlich 100 Milliarden Spareinlagen von dort verzeichnen. Präsident Delors hat in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß "eine enge Verbindung zwischen Währungspolitik und Beschäftigung" besteht. Der mögliche schrittweise Übergang in die zweite Phase des Europäischen Währungssystems erfordert deshalb besondere Aufmerksamkeit. Die italienische Präsidentschaft möchte neben einer pünktlichen Bestandsaufnahme der möglichen Fortschritte in unmittelbarer Zukunft alle politisch zweckmäßigen Initiativen anregen, damit die Länder, die bisher noch nicht vollständig am EWS beteiligt sind, beitreten können. Zu den Zielen der Präsidentschaft kann man in diesem Bereich auch eine größere Nutzungsmöglichkeit des ECU rechnen, einschließlich möglicher Fortschritte bei der privaten Nutzung des ECU. Ein Ziel könnte in einer Anpassung des juristischen Status des ECU innerhalb der Gemeinschaft bestehen, da er in einigen Mitgliedsländern noch nicht als ausländische Währung anerkannt ist. Hier sind einige technisch-juristische Probleme zu lösen, die mit einem energischeren politischen Willen auch in der Bundesrepublik überwunden werden könnten.

C) Mit Zähigkeit und Beharrlichkeit muß zudem auf konkrete Fortschritte in Ausbau und Stärkung des Binnenmarktes hingearbeitet werden, und zwar in seiner weitesten Bedeutung. Einen entscheidenden Anstoß erwartet man von der Mobilisierung des echten politischen Willens der Mitgliedstaaten und von den Impulsen des anderen in Fontainebleau errichteten Ausschusses, mit dem die italienische Präsidentschaft in engster Verbindung zusammenarbeiten will.

D) Besonderes Engagement will daher der italienische Vorsitz schließlich der Verwirklichung des Auftrags des sogenannten Adonnino-Ausschusses widmen. Von ihm erhofft man sich einen bedeutenden Impuls zur Stärkung des solidarischen Bildes, das Europa bietet. Der Rat von Fontainebleau hatte den Ausschuß

seinerzeit mit der Vorbereitung und Koordinierung von Maßnahmen beauftragt, mit denen beim Bürger und in der Welt die Identität und das Bild der Gemeinschaft gefördert und gefestigt werden sollte. Gleichzeitig hatte er - und dessen ist man sich in Italien bewußt - die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, bis zum Ende der italienischen Präsidentschaft auf dem Gebiet der Freizügigkeit von Personen und Gütern und dem effektiven Recht ihrer Niederlassung innerhalb der Gemeinschaft eine Reihe von Entscheidungen zu treffen.

E) Es würde von mangelndem Realismus zeugen, wären wir uns nicht der Grenzen bewußt, die sich gegenwärtig der Durchführung einer echten gemeinschaftlichen Industriepolitik stellen. Initiativen zur Forschung und Technologie wurden bereits ergriffen und müssen mit neuem Elan verfolgt werden. Daneben müssen mit größter Sorgfalt auch alle jene Aktionen gefördert werden, die zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die Zusammenarbeit der Unternehmen und für die Förderung der hochentwickelten Industrie in Europa beitragen können. Logischerweise mit der Industriepolitik verknüpft stellt sich das Problem der Beschäftigung. Es muß, nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch und vor allem in der Wirtschaft und in der Industrie, zum entscheidenden Kriterium für die Ermittlung und Entwicklung spezifischer Instrumente und Initiativen der Gemeinschaft werden. Damit dieses Vorhaben zum Erfolg führen kann, ist eine Verbesserung des konkreten und fruchtbaren Dialogs mit den Sozialpartnern in Europa und zwischen ihnen unerläßlich. Die italienische Präsidentschaft will einer Intensivierung dieses Dialogs vorrangige Aufmerksamkeit widmen.

F) Die nach außen wichtigste Verpflichtung ist der Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal. Von besonderer Bedeutung wird im ersten Halbjahr 1985 auch die Definition einer Verhandlungsstrategie im Rahmen der Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft für die Anpassung der bereits bestehenden Assoziierungs- und Kooperationsvereinbarungen

nach dem Beitritt Spaniens und Portugals sein. Der italienische Vorsitz wird sich für einen gerechten Interessenausgleich zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten sowie unserer Partner im Mittelmeer einsetzen, falls diese Interessen gegensätzlich sein sollten.

G) Hier könnten wir, und gewiß nicht zweitrangig, die Nord-Süd-Beziehungen und allgemein die Politik gegenüber den nichteuropäischen Ländern einbeziehen. Anzufangen wäre beim Mittelmeerraum, wo die Gemeinschaft nach Überwindung beträchtlicher Unsicherheiten eine immer bedeutendere Rolle erfüllen kann und muß.

Dies sind zusammengefaßt die Zielsetzungen des italienischen Halbjahres, die vorrangig erscheinen. Gewiß sind es nicht wenige, und gewiß wird ihre Lösung nicht leicht sein. Für jedes dieser Ziele hat die italienische Regierung in Grundzügen die Handlungsorientierung des Rates für die ersten 6 Monate des Jahres 1985 ausgearbeitet. Keine dieser Arbeitsrichtlinien, wie hell-sichtig sie auch sein mag - und hier knüpfe ich wieder an meine Worte über die Grenzen der Präsidentschaft an - kann jedoch ihr Ziel ohne den politischen Willen und die Kompromißbereitschaft der anderen Mitgliedstaaten, nicht zuletzt auch der Bundesrepublik, erreichen.

Die Schaffung eines geeinten Europas hat eben erst begonnen. Vergessen wir hier, mitten in Lothringen zwischen zwei Erscheinungsformen der europäischen kaiserlichen Tradition, zwischen Franken und Germanen, niemals jene Dimension, die universell sein muß, um wirklich europäisch zu sein. Verlieren wir nicht unsere Ziele aus den Augen, nur weil begrenzte oder schiefe Blickwinkel einer variablen europäischen Geometrie oder einzelne führende Länder in Europa den Blick verstellen können. Wir würden niemals die Barrieren zwischen uns oder die Mauer zwischen beiden Teilen Europas überwinden,

sondern uns in Eifersucht und Feindseligkeit verlieren.
. Wir alle müssen dies verhindern, wir alle haben vielleicht
Schuld, aber wir alle haben auch dieselbe Verantwortung uns
selbst und unserer Zukunft gegenüber. Für uns alle jedoch
ist die Antwort eindeutig: Zu Europa gibt es keine Alternati-
ve, also müssen wir daran glauben!